

Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Deutscher Bundestag
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache

19(12)835

30.10.2020 - 19/3294

5011-5

Antrag

**der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
zum Entwurf des Einzelplans 14**

- Einzelplan 14 -

- Nukleare Teilhabe beenden -

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss fordert die Bundesregierung auf, die nukleare Teilhabe im Rahmen der nuklearen Abschreckungspolitik der NATO zu beenden und somit auch keine finanziellen Mittel für Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen, die sich aus dem Laufzeitende der deutschen Trägerplattform Tornado oder der Modernisierung der US-amerikanischen Atomwaffen ergeben, die in Deutschland stationiert sind.

Begründung:

Die Bundesregierung bekennt sich zum Ziel „Global Zero“ – einer Welt ohne Atomwaffen. Das Festhalten an der nuklearen Teilhabe läuft diesem Ziel zuwider. Ohne glaubhafte Abrüstung kann Deutschland nicht als ehrlicher Makler in internationalen Abrüstungsbemühungen auftreten. Außerdem ist der Verzicht auf die nukleare Teilhabe eine zwingende Voraussetzung für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen.

Die humanitären, ökonomischen und ökologischen Folgen einer Atomwaffendetonation wären für keinen Staat dieser Erde verkraftbar. Kein sicherheitspolitisches Kalkül rechtfertigt daher die Stationierung von und Drohung mit Atomwaffen.

Zudem gehen mit der Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft hohen Kosten einher. Mehrere Milliarden Euro werden erforderlich, um ein Nachfolgesystem des Tornados als Träger der nuklearen Teilhabe zu beschaffen. Hinzu kommen die Mittel, die für den Ausbau des Atomwaffenlagers in Büchel erforderlich sind. Schätzungen gehen von einer deutschen Beteiligung in Höhe eines mehrstelligen Millionenbetrages aus. Die schwarz-rote Bundesregierung muss sich endlich und endgültig von der Idee der nuklearen Abschreckung verabschieden, hierfür vorgehaltene Fähigkeiten und Mittel nicht länger bereitstellen und sich für eine entsprechende Anpassung des strategischen Konzepts der NATO einsetzen.

Berlin, den 09. Oktober 2020

Dr. Tobias Lindner MdB

Katja Keul MdB

Agnieszka Brugger MdB